

Wir erleben einen hegemonialen Konflikt – Das Weltgeld Dollar zeigt Risse

Posted on 16. Februar 2026 by Wolfgang Storz

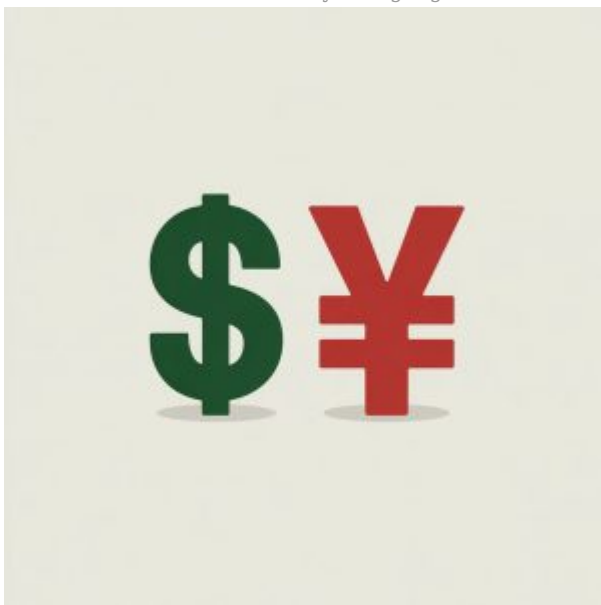


Bild: KI generiert

„Die US-Wirtschaft wächst enorm, mit etwa 4,8 Prozent im letzten Quartal. Wesentlich getrieben von den Investitionen in KI, in Datenzentren. Und vor allem von dem Konsum der oberen Einkommensklassen. Die oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher sind für knapp 60 Prozent des privaten Konsums verantwortlich. Und diese Schicht profitiert am meisten von der *One Big Beautiful Tax Bill*, also diesem umfassenden Steuersenkungs-Gesetz, sowie dem rasanten Anstieg finanzieller Assets wie Aktien und Anleihen“, beschreibt Kurt Hübner, Professor für Internationale politische Ökonomie an der kanadischen Universität von British Columbia, im Interview mit Wolfgang Storz die Lage nach einem Jahr MAGA-getriebener Wirtschaftspolitik. Der US-Dollar sei nach wie vor das dominante Weltgeld, zeigt aber Risse. China bereite sich systematisch darauf vor, den Renminbi (RMB) zu einer konkurrierenden internationalen Währung zu machen.

Wolfgang Storz: Eine unberechenbare Zollpolitik, den Dollar (auch bewusst) schwächen, Staatsverschuldung noch höher treiben, weltweit Unternehmen und andere Länder zwingen wollen, in den USA zu investieren – ist nach einem guten Jahr Donald Trumpscher Wirtschaftspolitik grob zu erkennen, wem diese Politik nutzt?

Kurt Hübner: Gewinner und Verlierer sind nicht einfach zu identifizieren. Ich behaupte, das

wirtschaftspolitische Projekt von Trump ist nicht durchzuhalten. In der Zollpolitik sieht man ja bereits, wie viele Ausnahmen gemacht werden (mussten), um Schaden von verschiedenen Sektoren abzuwenden. Auch die USA sind in komplexe Lieferketten eingebunden, und Importzölle treffen oft ‚die Falschen‘, also auch nicht die, die Trump eigentlich treffen will, also die ausländischen Unternehmen und Produzenten. Da diese Zölle hauptsächlich von den Endkonsumenten bezahlt werden, ist klar, dass private Haushalte in den USA viel Geld verlieren. Dem angesehenen [Budget Lab an der Yale-Universität](#) zufolge — das ist ein überparteiliches Politikforschungszentrum, das Analysen von bundesstaatlichen Vorschlägen und Entscheidungen für die amerikanische Wirtschaft erstellt — geht es um bis zu 2.000 Dollar pro Haushalt und pro Jahr. Und: Je geringer das Haushaltseinkommen, desto höher die Belastungen.



Kurt Hübner ist Professor für europäische Integration und internationale politische Ökonomie. Er war mehr als zwölf Jahre Direktor des Instituts für Europastudien an der Universität von British Columbia in Vancouver/Kanada. Hübner wurde 1953 in Neuenstadt (Baden-Württemberg) geboren. Nach Forschungstätigkeiten und (Gast-)Professuren in Mannheim, Berlin, Kassel und Wien verließ er seine Professur an der Berlin School of Economics und arbeitete zunächst am Centre for German and European Studies an der York University in Toronto, bevor er den Ruf als Full Professor an der University of British Columbia annahm (und seine deutsche Professur abgab). Dort hält er den Jean Monnet Chair for European Integration and Global Political Economy und den Chair for German and European Studies. Sie können seine Arbeiten verfolgen: kurthuebner.substaeck.com und auf seiner Webseite kurthuebner.com

Werden die von dieser Politik ausgehenden Gefahren übertrieben? Wer auf das Jahr 2025 zurückblickt und die

Prognosen für 2026 liest, muss doch den Eindruck gewinnen: Die Finanz- und Handelsmärkte haben dieses Zoll-Kuddelmuddel seit dem April 2025, Liberation day, relativ unbeschadet weggesteckt.

Kurt Hübner: Prognosen sind immer haarig. Nehmen wir das Beispiel Inflation. Die Importzölle wurden weithin als inflationstreibend angesehen. Kritische Beobachter haben allerdings darauf hingewiesen, dass es Zeit braucht, bis die Effekte durchschlagen. Die Rate liegt momentan bei 2,9 Prozent, also weit über dem von der Trump-Regierung ausgegebenen Ziel von zwei Prozent. Kein riesiger Anstieg, aber dennoch spürbar, vor allem für untere Einkommensklassen.

Aber die Wirtschaft wächst ja im Sinne von Trump beträchtlich?

Kurt Hübner: Die US-Wirtschaft wächst enorm, mit etwa 4,8 Prozent im letzten Quartal. Wesentlich getrieben von den Investitionen in KI, in Datenzentren. Und vor allem von dem Konsum der oberen Einkommensklassen. Die oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher sind für knapp 60 Prozent des privaten Konsums verantwortlich. Und diese Schicht profitiert am meisten von der One Big Beautiful Tax Bill, also diesem umfassenden Steuersenkungs-Gesetz, sowie dem rasanten Anstieg finanzieller Assets wie Aktien und Anleihen. Alles in allem ein eher fragiles Wachstumsregime. Der heutige [Krypto-Winter](#) deutet an, wie rasch das alles einen Knick bekommen kann. Niemand weiss auch heute, inwieweit die gewaltigen KI-Investitionen in den USA eine Blase bilden, die schnell platzen kann. Die jüngste Ankündigung von [Anthropic](#), beispielsweise, dass ihre Claude-Anwendung nun auch für das weite Feld der Juristerei anwendbar ist, hat sofort gewaltige Kursrutsche bei Firmen verursacht, die in diesem Felde tätig sind.

Internationale Arbeitsteilung ist ja kein Hirngespinnst

Donald Trump versucht, die USA zu re-industrialisieren, mehr Produktionsstätten und klassische Industriejobs zu schaffen. Ist dieses Ziel aus Ihrer Sicht überhaupt sinnvoll?

Kurt Hübner: Nein. Auch die Reindustrialisierung, als ein wichtiger Teil seines Programms, klappt nicht. Vielmehr verliert der verarbeitende Sektor weiter an Arbeitsplätzen. Damit ist ein weiteres Kernversprechen gebrochen. Klar haben die hohen Exporte von China in die USA, ob Konsumgüter oder Elektronik- und Maschinenbau-Produkte, dort enorme Probleme in einzelnen Regionen geschaffen; so ist auch der Aufstieg von J.D. Vance zu erklären, der aus einer solchen Region stammt. Aber trotz dieser Probleme: Eine fundamentale Reindustrialisierung kann eigentlich nur in einer fast autarken Wirtschaft stattfinden. Und das sind auch die USA nicht. Denn andere Ökonomien sind in industriellen Bereichen produktiver und damit wettbewerbsfähiger. Es gibt ja einen Grund, warum internationale Arbeitsteilung stattfindet. Das ist ja kein Hirngespinnst. Der US-Industriesektor ist sowieso eher klein, und die komparativen Vorteile der USA liegen in

anderen Bereichen.

Wo liegen denn die Wettbewerbsvorteile der US-Wirtschaft, abgesehen von der Tech-Industrie?

Kurt Hübner: Die Tech-Industrie ist zentral, und hier gerade die Entwicklungen im Software-Bereich, also Bereiche wie KI, aber auch Datenzentren und Cloud-Computing. Es ist ja der Dienstleistungsbereich, der einen hohen Handelsbilanzüberschuss mit der EU generiert.

Aber mit welchen Instrumenten könnte es Trump denn gelingen, seinem Ziel einer Re-Industrialisierung wenigstens ein bisschen näher zu kommen?

Kurt Hübner: Mit den Instrumenten von Joe Biden würde ihm das gelingen. Dessen sogenannter *Inflation Reduction Act* — das klingt in unseren Ohren so merkwürdig, war aber nichts anderes als ein Erneuerungsprogramm für Industrie und Infrastruktur — hat ja gezeigt, wie es gehen kann. Eine aktive Industriepolitik, die Zukunftstechnologien und -verfahren fördert, kreiert neue industrielle Felder. Wenn man aber, wie Trump, nur alte Technologien und Sektoren schützt, wird Reindustrialisierung gleich gar nicht gelingen.

Die Wirtschaftsmacht der USA besteht unter anderem in der Glaubwürdigkeit, ein sicherer und lohnender Hafen für internationale Kapitalanleger zu sein. Wie sehr hat diese Glaubwürdigkeit unter den Trumpschen Angriffen auf Justiz, vor allem Zentralbank und unter seiner unberechenbaren und erpresserischen Zollpolitik gelitten?

Kurt Hübner: Der US-Dollar ist nach wie vor das dominante Weltgeld, zeigt aber Risse. Relevant ist vor allem der US-Dollar als Safe-Haven-Geld, das auf Vertrauen beruht. Vertrauen ist aber eine fragile Sache. Nun unternimmt Trump irritierenderweise alles, um dieses Vertrauen zu erschüttern, vor allem, wie in Ihrer Frage erwähnt, aufgrund seiner erraticen Politik und dem Generalangriff auf eine unabhängige Justiz sowie die Federal Reserve. Meine bisherige Diagnose: Noch ist keine Flucht aus dem US-Dollar zu erkennen, und ich erwarte dies auch nicht. Was aber zu beobachten ist, sind Portfolioschichtungen zu Lasten des US-Dollar. Eine zweite Beobachtung: China bereitet sich systematisch darauf vor, den Rinnimbi (RMB) zu einer konkurrierenden internationalen Währung zu machen.

Und welche Wirkung hätte es, wenn es China gelänge, diese internationale Konkurrenz-Währung aufzubauen?

Kurt Hübner: Gelänge ist das richtige Wort. Denn da gibt es gegenwärtig Probleme, vor allem was das notwendige Vertrauen anbelangt. Ich denke aber, dass der RMB mehr und mehr als Transaktionswährung genutzt werden wird, da die chinesische Führung ihre Ex-und Importe vom US-Dollar unabhängig machen will. Sollte das Szenario des RMB als internationales Geld aufgehen, hätte dies Portfolioumschichtungen zufolge

und US-Schatzpapiere würden schwieriger zu refinanzieren sein. Mit anderen Worten: Die USA würden ihren exzeptionellen Status verlieren und müssten höhere Zinsen bezahlen. Angesichts der bereits vorhandenen gewaltigen Schuldenberge keine gute Situation...

Eine Phase der Zerstörung etablierter Regimes

Der italienische marxistische Philosoph und Politiker Antonio Gramsci beschreibt die große Krise als Phase, in der das bestehende Alte stirbt, das Neue jedoch erst nach und nach im Entstehen ist. In diesem Vakuum, so Gramsci, gebe es vielfältige Prozesse des Verfalls und des Niedergangs. Erleben wir momentan den sich beschleunigenden Niedergang der Wirtschaftsmacht USA, mit all den Irrungen und Wirrungen, in diesem Fall verkörpert von Donald Trump, die ein solcher Prozess mit sich bringt?

Kurt Hübner: Eines meiner Lieblingszitate. Ich denke, wir erleben einen hegemonialen Konflikt, in dem beide Seiten, China und die USA, versuchen, neue Allianzen und Strukturen zu bilden. Allerdings denke ich auch, dass – wie [Mark Carney](#), der kanadische Ministerpräsident es andeutete – wir gegenwärtig vor allem in einer Phase der Zerstörung etablierter Regimes leben. Und völlig unklar ist, wie das Neue aussehen wird.

Sie arbeiten seit Jahren als Wirtschaftswissenschaftler in Kanada. Hier in Deutschland wird schon darüber diskutiert, Kanada solle Mitglied der EU werden; zumal der Premier Mark Carney zumindest in Reden Trump immer wieder zeigt, wo es langgeht. Wäre das wirtschaftlich sinnvoll? Und machbar?

Kurt Hübner: Nein. Beides nein: weder sinnvoll, noch machbar. Ich war Teil einer Debatte kanadischer Kollegen, die einen solchen Vorschlag diskutierten. Abseits der rechtlichen Probleme, ist mein Argument: Warum sollte Kanada einem Club beitreten, der seinen Aufgaben nicht gerecht wird? Und der mehr und mehr Mitglieder hat, die den Ideen der EU fern- und MAGA-Ideologie nahestehen? Die EU ist meines Erachtens in einer fundamentalen Krise. Sie ist heute deshalb kein relevanter Akteur. Die Angst, die die EU im Handelsstreit mit Trump an den Tag legte, sprach Bände. Die EU hat ja viele gewichtige Instrumente, die sie gebündelt als ‚big bazooka‘ gegen die Trump-USA einsetzen könnte. Sie wird sie nie einsetzen, da zu viele Mitgliedsländer den Einsatz gegen Trump nicht wollen, auch aus ideologischen Gründen.

- [E-Mail](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)

-  [teilen](#)
-  [teilen](#)

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein ...

Abonnieren